



**KLUB DER ÖVP-GEMEINDERÄTE
der Landeshauptstadt Linz**
Klubobmann LAbg. GR Mag. Bernhard Baier
c/o Büro Vbgm Dr. Erich Watzl
4041 Linz, Hauptplatz 1
Tel.: 0732/7070-1024; Fax: 0732/7070-1025

Herrn Bürgermeister
Franz Dobusch
Altes Rathaus

Büro Stadtregierung Linz Bürgermeister Franz Dobusch eingel.: 18. Sep. 2013 Zahl 2013 9342

Linz, 17. September 2013

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 Abs. 1 i.V.m. § 18 Abs. 5 StL 1992
Transparenz und runder Tisch zur Eisenbahnbrücke

Die ÖBB hat als Eigentümerin am 12. Juli 2012 den Antrag auf Bewilligung der Zerstörung der Eisenbahnbrücke gestellt. Diesem Antrag wurden 14 Gutachten beigefügt, die zeigen sollten, dass jene Varianten mit Bestandserhalt zu unverhältnismäßig hohen Mehrkosten führen würden. Das Bundesdenkmalamt beauftragte in weiterer Folge die HEG Beratende Ingenieure GmbH, Dortmund, um Beurteilung der von der Antragstellerin vorgelegten Gutachten.

Im Zuge der Kostenbeurteilung der drei Varianten durch die HEG ergab sich, dass einerseits die Kosten für die Eisenbahnbrücken-Sanierung plus zweite Brücke daneben zu hoch und andererseits die Kosten betreffend den Abriss der Eisenbahnbrücke plus Komplettneubau zu niedrig angenommen wurden. Es stellt sich daher die Frage, ob die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte bei ihren bisherigen Überlegungen von falschen Tatsachen ausgegangen sind.

Der Versuch diesen Widerspruch in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses aufzuklären misslang. Dem Verkehrsausschuss standen in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 10. September 2013 als Auskunftspersonen lediglich Dr. Josef Fink (Gutachter der TU Wien) und Dr. Dietmar Pichler (FCP) zur Verfügung. Jene Gutachter (HEG), welche die Eisenbahnbrücken-Sanierung offensichtlich anders bewerteten als bislang angenommen, konnten nicht gehört werden. Auch wurden die entsprechenden Unterlagen von HEG im Verkehrsausschuss nicht vorgelegt.

Die unterzeichneten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 12 Abs. 1 i.V.m. § 18 Abs. 5 StL 1992 nachstehenden

A n t r a g

Der Gemeinderat beschliesse:

- „1. Das zuständige Mitglied des Stadtsenats wird ersucht, das an die Stadt Linz im Zuge des Behördenverfahrens gerichtete Schreiben des Bundesdenkmalamtes, in dem dieses die beabsichtigte Entscheidung mitteilt und die Stadt Linz um Stellungnahme ersucht, samt dem/den damit übermittelten Gutachten (HEG) umgehend an die Mitglieder des Verkehrsausschusses weiterzuleiten.
2. Das zuständige Mitglied des Stadtsenates soll ehest möglich einen runden Tisch zur Donauquerung auf Höhe der Eisenbahnbrücken einberufen, zu welchem je ein Vertreter der im GR vertretenen Fraktionen, die Gutachter von FCP, ein Gutachter von HEG, Vertreter des Bundesdenkmalamtes, des Denkmalbeirates sowie des Vereins ‚RettetdieEisenbahnbrücke.at‘ eingeladen werden.“

Es wird ersucht, dem gegenständlichen Antrag die Dringlichkeit anhand obiger Begründung zuzuerkennen und ihn auf die Tagesordnung des Gemeinderates am 19. September 2013 zu setzen.

Berichterstatter:

KO LABg. GR Mag. Bernhard Baier



Dringlichkeitsantrag nach § 12 Abs. 1 i.V.m. § 18 Abs. 5 StL 1992

Transparenz und runder Tisch zur Eisenbahnbrücke

1) Ergeht an B Vbgm(in) StR(in) GR(in) LAbg. Mag. Bernhard Baier als Berichterstatter(in)

Ergebnis der Behandlung in der Sitzung des Gemeinderates vom 19.09.2013

- einstimmig
- mit Stimmenmehrheit
- beschlossen
- abgelehnt
- von der Tagesordnung abgesetzt (2/3-Mehrheit)
- zur Vorberatung zugewiesen bzw. zurückverwiesen an den
 - StS
 - _____ - Ausschuss
 - zur unmittelbaren Behandlung in der nächsten Sitzung des GR

Ergebnis der Abstimmung	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	GR Reiman, MBA	KPÖ
dafür		17	9		1	
dagegen						
Enthaltung	32	26		5		1

Einzelne Gegenstimmen bzw. Stimmenthaltungen:

Berichterstatter(in): [Signature]
 Protokollführer(in): [Signature]
 Schriftführer(in): [Signature]

2) Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung an _____

Linz, _____ Vbgm(in) StR(in) Erstellung einer Vorlage samt Antrag betreffend die Behandlung)

Die Gruppenleiterin / Die Gruppenleiter werden ersucht, den Vollzug vom GR beschlossener Fraktionsanträge, die von/in Dienststellen ihrer Geschäftsgruppe administrativ umzusetzen sind, nachdrücklich zu betreiben (bspw. durch Herstellen des Einverständnisses mit den sachlich zuständigen Mitgliedern des StS).

Der Änderungsantrag der Grünen wurde bei Gegenstimmen der ÖVP (17) und FPÖ (9) angenommen.

**Abänderungsantrag der Grünen Fraktion zum Dringlichkeitsantrag der ÖVP
„Transparenz und runder Tisch zur Eisenbahnbrücke“.**

Der Antragstext soll wie folgt abgeändert werden:

Der Gemeinderat beschließe:

„Um beim Thema Eisenbahnbrücke die nötige Transparenz für die BürgerInnen zu schaffen, ersucht der Gemeinderat der Stadt Linz den Bürgermeister Dobusch um eine umfassende Information auf www.linz.at.

Dabei sollen sämtliche vorhanden Gutachten zum Download angeboten und die jeweiligen Kernpunkte aufbereitet werden. Weiters sollen alle sonstigen Stellungnahmen und Bescheide zum Thema Eisenbahnbrücke zugänglich gemacht werden.“